Koalition mit dem Bürgertum und haben damit den rechten Renegaten ihre Kampfplattform gestärkt. Der wesentlichste Teil der linken Führer, wie die Sachs und Genossen, haben es bis heute abgelehnt, gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen die Rechten zu führen. Sie haben die gemeinsame Kampffront der Arbeiter nicht zustande kommen lassen. Sie fürchteten, daß die SPD.-Arbeiter sehr bald ihre schwächliche Haltung erkennen würden.

Von den 23 Rechten ist das Omen der Spaltung auf die Linken abgewälzt worden. Ihnen zur Seite steht die gesamte bürgerliche Pressemeute. Der Parteivorstand wird sich auch in dieser Frage auf die Seite der 23 stellen. Das zeigt heute bereits der Beschluß des Parteiausschusses. Aufs neue werden die sozialdemokratischen Arbeiter erleben, daß sie in ihrer Hoffnung auf den Kampf der linken Führer und auf den Ausschluß der Rechten enttäuscht werden. Der Parteivorstand wird auch diesmal sich nicht an den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter kehren. Die Rechten werden auch diesmal die Oberhand gewinnen. Wie auch das neue Kompromiß des Schiedsgerichtes ausfallen möge, der Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter um die Beseitigung der Koalitionsregierung in Sachsen, um die Reinigung der Arbeiterorganisationen von den Helfershelfern der Reaktion und den rechten Renegaten darf mit diesem Kompromiß nicht beendet sein. Die SPD.-Arbeiter dürfen eine solche Entscheidung nicht hinnehmen. Nun erst recht müssen sie trotz allem feigen Schwanken und Ausweichen des größten Teiles ihrer linken Führer den Kampf aufnehmen mit den kommunistischen Arbeitern für die gemeinsame Front der Arbeiter in den Betrieben und in den Gewerkschaften zum Kampfe gegen die Verräter an der Sache des Proletariats.

Fort mit den rechten Gewerkschaftsbureaukraten

In einer am Montag abend vom Graphischen Kartell einberufenen Versammlung der **Betriebsräte und Vertrauensmänner des graphischen Gewerbes** in Chemnitz wurden nach einem Referat des Kollegen Böttcher folgende Entschließungen gegen 6 resp. 7 Stimmen, die in der Hauptsache von Gewerkschaftsangestellten abgegeben wurden, angenommen:

Fort mit dem Renegaten Franz!

Antrag an den Ortsausschuß des ADGB., Chemnitz

„Die am 19. April versammelten graphischen Betriebsräte und Vertrauensmänner fordern, daß der 2. Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB., Franz, so schnell als möglich von seinem Posten enthoben wird.

Wir wissen es ablehnen, einer Instanz unser Vertrauen zu geben, in der eine Person sitzt, die wegen Disziplin- und Vertrauensbruchs wiederholt aus anderen Arbeiterorganisationen ausgeschlossen wurde, aber trotzdem immer noch ausschlaggebenden Einfluß in der Leitung der Chemnitzer Gewerkschaften ausübt."

Für den sofortigen Rücktritt der Redaktion der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung"!

Entschließung an den Landesausschuß Sachsen des ADGB.

„Die am 19. April versammelten graphischen Betriebsräte und Vertrauensmänner von Chemnitz protestieren auf das schärfste gegen die Schreibweise der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung", u. a. auch gegen den Artikel, die Stellungnahme zur Landtagsauflösung betreffend.

In dem Artikel solidarisiert sich die Redaktion der „S. G." offen mit den 23 Disziplinbrechern, die mit ihren Handlungen im Landtag einen ununterbrochenen Verrat an den Interessen der sächsischen Arbeiterschaft begangen haben. Die Stützung der 23 durch die Redaktion und den Landesausschuß des ADGB. bedeutet eine schwere Provokation der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft.

Die Versammelten fordern daher sofortigen Rücktritt der Redaktion der „S. G." und Säuberung des Landesausschusses des ADGB. Sachsens von allen Anhängern der 23."

Gegen die Saboteure der einheitlichen Maifeier!

Entschließung an den Ortsausschuß des ADGB., Chemnitz.

„Die am 19. April im „Thaliahaus" versammelten Betriebsräte und Vertrauensmänner des graphischen Gewerbes protestieren gegen das Verhalten des Ortsausschusses in der Frage der einheitlichen Maifeier. Sie verlangen die sofortige Zurückziehung des Verbots der Mitführung von Parteifahnen, damit eine einheitliche Maifeier zustande kommt."

Arbeitsruhe am 1. Mai

Wie die Morgenzeitungen melden, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in einer Sitzung beschlossen, zum diesjährigen 1. Mai die Arbeiterschaft zur allgemeinen Arbeitsruhe aufzurufen. Für Sachsen kommt dieser Aufruf zwar deswegen weniger in Betracht, weil in Sachsen der 1. Mai noch gesetzlicher Feiertag ist. In den anderen Staaten werden speziell unsere Genossen dafür sorgen, daß die Arbeitsruhe im weitesten Maße durchgeführt wird.

Die „Neutralität" des sächsischen ADGB.

Der Bezirksausschuß des ADGB. im Freistaat Sachsen veröffentlicht in Nummer 20 der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung" folgende Erklärung:

Der Bezirksausschuß macht bekannt:

Durch die in der Monatsschau der Sächsischen bzw. Leipziger Gewerkschaftszeitung vom 1. April enthaltenen Bemerkungen über die politische Situation in Sachsen haben sich einige sozialdemokratische Parteiversammlungen und Zeitungen veranlaßt gesehen, gegen die beiden Gewerkschaftszeitungen und damit auch gegen den Bezirksausschuß des ADGB. für Sachsen Stellung zu nehmen. Es wird dort behauptet, daß die Gewerkschaftszeitung einseitig zugunsten der Fraktionsmehrheit Stellung genommen und dadurch mit dazu beigetragen habe, die Parteidisziplin zu untergraben. Hierzu erklären wir, daß in den oben erwähnten Bemerkungen eine Stellungnahme zugunsten der 23 — soweit ihre Stellung innerhalb der Partei in Betracht kommt — weder beabsichtigt, noch enthalten ist und schließlich nur mit bösem Willen herausgelesen werden kann. Die Gewerkschaften haben von ihren Mitgliedern jederzeit Disziplin und Achtung vor den autonomen Gesetzen der Organisation verlangt, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten und zu stärken und sie denken nicht daran, sich irgendwie in die organisatorischen und die Disziplin betreffenden Angelegenheiten der Partei einzumischen.

Indem wir ausdrücklich die Neutralität der Gewerkschaften in innerpolitischen Fragen hervorheben, betonen wir ebenso deutlich, daß wir uns das Recht nicht nehmen lassen werden zu allgemein politischen Situationen, die auf die Gewerkschaftsbewegung Rückwirkungen auslösen können, von unserm Standpunkt aus, als selbständiges Glied der Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen. Ebenso entschieden wenden wir uns gegen alle Versuche, die Gewerkschaftsarbeit und die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften von außen her zu beeinflussen und bedauern, daß es sozialdemokratische Funktionärversammlungen und Parteizeitungen fertiggebracht haben, die Methoden der Kommunisten nachzuahmen und in wiederholten Fällen ihre Mitglieder zur Stellungnahme gegen die Gewerkschaftsleitungen und Gewerkschaftszeitungen aufzufordern.

Bezirksausschuß des ADGB. im Freistaat Sachsen.

Die oben abgedruckte Erklärung des ADGB. ist ein Rückzugsmanöver, das zur Irreführung der sächsischen Arbeiterschaft eingeleitet wird. Der ADGB. hat sich durch seine Schreibweise in der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung" sowie durch seine gesamte bisherige Haltung in unvorsichtiger Weise allzu offen als Bundesgenosse der 23 und der Heldt-Regierung demaskiert. Die Folge davon war der Proteststurm aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen diese herausfordernde Haltung des ADGB. Unter dem Druck der Opposition weicht jetzt der ADGB. einen Schritt zurück, um nachher die Opposition besser schlagen zu können. Die Führer des ADGB. haben sehr gut erkannt, welche große Bedeutung die Aufrollung der politischen Kampffragen vor den sozialdemokratischen Arbeitern in den Gewerkschaften hat. Die Gewerkschaftszeitung schreibt deshalb im Anschluß an die Erklärung des Bezirksausschusses des ADGB.:

Die Gewerkschaften werden Spaltungsversuchen in der sächsischen Sozialdemokratie keinen Vorschub leisten und möchten allen Gewerkschaften raten, trotz der begreiflichen Erbitterung über die Vorgänge in Sachsen gegenüber solchen Versuchen sich ablehnend zu verhalten. Wir haben immer betont, auch unter anderer Redaktion, daß wir durch jede Zersplitterung in der Sozialdemokratie auch eine Schädigung der Gewerkschaftsinteressen befürchten.

Deshalb sind die Meldungen der bürgerlichen Zeitungen, „der Gewerkschaftsausschuß für die 23", falsch. Und falsch sind darum die langatmigen Ausführungen der „L. V." Sie hätte sich durch einen einfachen Anruf bei den Leipziger Mitgliedern des Bezirksausschusses nach dem Sachverhalt erkundigen können. Sie tat es nicht, ihr genügten die Meldungen der bürgerlichen Blätter, um besser gegen die Gewerkschaften nach kommunistischer Methode hetzen zu können.

Die sächsischen Gewerkschaften werden auch damit fertig werden.

In derselben Nummer der Gewerkschaftszeitung wird mitgeteilt, daß Schilling vor einem halben Jahr von dem leitenden Redakteurposten abgelöst wurde und die Verlags- und technischen Arbeiten erledigt. Der Bezirksausschuß hatte doch ausdrücklich dem Redakteur, der die angegriffenen Artikel geschrieben hat, einstimmig ein Vertrauensvotum ausgestellt. Er unterstreicht also noch einmal, daß er politisch mit der Haltung der 23 Rechten einverstanden ist.

Die sächsischen Gewerkschaftler werden sich durch die neueste Proklamation des ADGB. nicht irre führen lassen. In aller Schärfe muß der Kampf weitergeführt werden. Es zeigt sich schon heute, daß die linken sozialdemokratischen Arbeiter restlos mit den kommunistischen Arbeitern übereinstimmen in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die reaktionäre Gewerkschaftspolitik.

Alle Ortskartelle, Verbands- und Branchenversammlungen müssen deshalb auch weiterhin Stellung nehmen zur Lage innerhalb der sächsischen Gewerkschaften.

Die Forderungen der klassenbewußten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind:

Sofortige Abberufung der Redaktion der „SGZ".

Entfernung aller Gewerkschaftsangestellten, die mit den 23 zusammengehen, aus den leitenden Gewerkschaftspositionen.

Beteiligung des sächsischen ADGB. am Volksbegehren für Landtagsauflösung.

Schärfster Kampf der sächsischen Gewerkschaften gegen die 23 Rechten und die Heldt-Regierung.

Das sind die Losungen, unter denen jetzt der Kampf in den Gewerkschaften geführt werden muß. Die Arbeiterschaft wird in diesem Kampfe Sieger bleiben, wenn alle ehrlichen klassenbewußten Elemente sich geschlossen und willensstark vereinigen gegen die Verräter an den Interessen der Arbeiterschaft!

Kompromiß zur Fürstenabfindung

Der Rechtsausschuß des **Reichstages** beschäftigte sich gestern mit dem Volksentscheid **über die Enteignung** der Fürsten. Justizminister Marx und Innenminister Dr. Külz nahmen an der Sitzung teil. Der Innenminister erklärte, daß die Regierung zu dem Volksentscheid über die Fürstenenteignung noch nicht habe Stellung nehmen können. Gleichzeitig begründete er aber in einer längeren Rede, daß der Volksentscheid nach Artikel 153 Absatz 2 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit zulässig sei, verfassungsändernd sei. Die Ueberführung des fürstlichen Privatbesitzes in Staatseigentum sei nicht einfach als zum Wohle der Allgemeinheit zu sprechen. Ebenso erklärte die Regierung, ihre Kompromißvorlage für verfassungsändernd. Die Regierung will mit ihren Erklärungen den Volksentscheid sabotieren. Der Gesetzentwurf zum Volksentscheid fordert ausdrücklich die Verwendung der den Fürsten entzogenen Gelder und Vermögen für Zwecke des allgemeinen Wohles. Die Regierung will die Entscheidung über die Enteignung der Fürsten erschweren. Durch den Kompromißentwurf sollen die Wähler verwirrt werden. Genosse Neubauer wendete sich im Ausschuß mit Entschiedenheit gegen das Kompromiß, weil bei einer Enteignung durch das Volksbegehren den Fürsten 2,6 Milliarden entzogen würden, von dem Kompromiß jedoch nur ein kleiner Teil dieser Summe betroffen werde.

Auch der Sozialdemokrat Rosenfeld erklärte, daß der neue Entwurf nur weitere Verschlechterungen mit sich bringe. Die Demokraten schwenkten in die Front des Kompromisses ein. In der „Vossischen Zeitung" schlägt Regierungsrat Schwalb vor, daß die Regierungsparteien im Reichstag im Enteignungsgesetz Aenderungen annehmen sollen und den Kompromißentwurf dann ebenfalls im Volksbegehren zu stellen. Damit sei denn möglich, daß der Entwurf auf vollständige Enteignung nicht die notwendigen Stimmen erhalte.

Die Erklärung der Gesetze als verfassungsändernd bedarf zu ihrer Annahme eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag. Diese ist jedoch nur dann zu erreichen, wenn entweder die Sozialdemokraten für den Entwurf stimmen oder aber die Deutschnationalen der Regierung ihre Unterstützung geben. Im ersteren Falle würde dadurch eine dauernde Bindung der Sozialdemokraten an die Luther-Regierung bestehen, im anderen Falle der Einfluß der Deutschnationalen sich außerordentlich verstärken. Eine Klärung nach dieser Richtung ist noch nicht erfolgt.

Für die proletarische Einheitsfront

Berlin, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer gestern abend abgehaltenen von tausenden besuchten Versammlung sprach der ausgeschlossene Freiberger und der von den Berliner SPD.-Instanzen ausgeschlossene Mehle. Beide appellierten an die linken sozialdemokratischen Arbeiter, sich die Diktatur des Parteivorstandes gegenüber den einfachen Arbeitern nicht mehr gefallen zu lassen. In der Diskussion sprach unter anderem ein einer der Reichsbannerkameraden, die wegen ihrer Opposition gemaßregelt wurden.

Jugendgenosse Scherer †

Ein Opfer der Klassenjustiz.

Ludwigshafen, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Der von der deutschen Polizei der französischen Justiz denunzierte, vom französischen Kriegsgericht wegen antimilitaristischer Propaganda zu 3 Jahren Gefängnis verurteilte Jugendgenosse Scherer ist vorgestern im Gefängnis zu Kreuznach gestorben.

Betriebsstillegungen in Mannheim

Mannheim, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Mannheimer Hafengebiet finden umfangreiche Kündigungen und Stillegungen statt. Zwei Brikettfabriken, darunter eine der Firma Stinnes haben ihren Betrieb stillgelegt.

Eine chemische Fabrik durch Feuer zerstört

Magdeburg, 19. April. (Telunion.) Heute nacht brach in der chemischen Fabrik von Calbe an der Saale ein Großfeuer aus, das den größten Teil der Fabrik vernichtete. Das Gelatinelager, in dem etwa 700 000 Kg. Zwischenpräparate und 70 000 Kg. Gelatine lagerten, war im Augenblick in ein Feuermeer gehüllt. Es gelang im letzten Augenblick, die großen Kessel und Maschinenanlagen zu retten, in denen sich ungeheure Mengen von feuergefährlichen Flüssigkeiten befanden. Der Schaden wird auf 1½ Millionen Mark geschätzt.

Was Barbusse sah

Ein Besuch bei Sascha Gurov.

(„Im unterirdischen Festungsgefängnis Jitava sah die belgische Rechtsanwältin Lamy gewissermaßen das Symbol der rumänischen Untersuchungs- und Foltermethoden. Sie sah den bessarabischen Ingenieur Gurov, der beim Verhör vor 2 Jahren folgendermaßen zugerichtet wurde: Hände und Füße wurden ihm zehnfach gebrochen, das Haar büschelweise ausgerissen, die Wangen mit rostigen Stecknadeln durchstochen, das Wadenfleisch mit einem Schlächtermesser abgeschabt, die Fingernägel mit Zangen ausgerissen, die Fersen abgeschnitten und ein Auge ausgestochen." — Aus dem Bericht der Barbusse-Delegation. Gurov befindet sich gegenwärtig im Spital.)

Draußen ist der Schnee geschmolzen und im Hof des Spitals „Königin Marie" grünt es bereits. Ueberall sprießt das Gras empor und deckt die Erde wie mit einem grünen, samtenen Teppich. Die Kranken spazieren zu zweien auf den kiesbedeckten Wegen des Hofes. Die Sonne erweckt Frohmut und läßt immer schönere Tage erhoffen.

Ganz unten am Ende des Hofes befindet sich in einem Gebäude der „Salon" der Syphilistranken. Dort liegt nun schon seit Monaten in einem immer kalten Ofen in einer dunklen Ecke Sascha Gurov auf einer Pritsche. Er war früher schlank und blond und unter der Stirn, leuchteten einst zwei klare blaue Augen. Heute läßt sich sein Gesicht kaum beschreiben. Wie diese Bestien ein Menschenantlitz verwandeln können, vermag sich auch die kühnste Phantasie nicht vorzustellen. Dennoch machen seine breiten Schultern und seine athletische Brust noch immer Eindruck. Um so stärker tritt aber seine vollkommene Hilflosigkeit hervor. Denn der Ingenieur Gurov, der als Kind der herrschenden Klasse zum Proletariat gekommen ist und ihm alles gegeben hat — wie es im Lied heißt, Leben, Freiheit und Glück — kann sich ohne fremde Hilfe überhaupt nicht bewegen. Dennoch ist er aber voll Zuversicht, und der Mut hat ihn nicht einen Augenblick verlassen. Unausgesetzt spricht er von der nächsten besseren Zukunft, vom Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Ich besuchte Gurov an einem sonnigen Donnerstag, und von unsäglichem Weh erfüllt durchschritt ich den dunklen Gang, der zu seinem „Salon" führt. Eine Genossin begleitete mich und sprach mir von Gurov, der heute der ganzen Arbeiterklasse Rumäniens unendlich teuer ist. Als wir die Tür öffneten, blieb ich erschauernd stehen: zwei lange Reihen von Pritschen, mit schmutzigen, zerfetzten, vielfarbiger Wäsche bedeckt, und auf ihnen etwa 20 Skelette, in denen noch einiges Leben zu funkeln schien.

Als Gurov uns erblickte, trat ein dankbares Lächeln auf seine Lippen. Ein wenig scheltend, aber voll herzlicher Dankbarkeit, sagte er: „Gut, daß ihr euch meiner noch erinnert. Wer ist der Genosse?" „Ein Metallarbeiter, der vor seiner Abreise dich noch sehen wollte, Sascha." Unter der alten, schmutzigen Decke erschien gespenstisch eine ganz weiße, vertrocknete Hand, deren Adern und Nerven getötet waren, und versuchte, meine Hand zu ergreifen. Es gelang erst, als man sie stützte. Als ich sie erfaßte, lief ein Schauer über meinen Rücken, sie war eiskalt, wie die Hand eines Toten. Meine Lippen bebten, und ich war maßlos erregt. Hatte ich doch vor mir einen Menschen, über dessen Heroismus ich so viel gehört hatte, der die entsetzlichsten Folterungen ausgestanden hatte, und über dessen Lippen man doch nie ein Wort gebracht hatte, das er nicht aussprechen wollte. In den fürchterlichsten Augenblicken seines Lebens hatte er nie vergessen, welchem Ideal er sein Leben geweiht und welcher Klasse er mit Leib und Seele angehörte.

Ich betrachtete ihn schweigend. Auf seinem Nacken befinden sich tiefe schwarze Flecken. Es waren das Zeichen von brennenden Zigaretten, welche entmenschte Unteroffiziere „scherzweise" hingelegt hatten. Auch die Brust war voll rotleuchtender Narben, ebenfalls ein stummes Zeugnis von der ausgestandenen Marter. Leise sagte er, auf die Brust zeigend: „Mit glühenden Nägeln haben sie das gemacht."

Als für einen Augenblick sein Mantel zur Erde fiel, der zu gleicher Zeit als Bettdecke diente, sah ich seine Füße. Zwei dünne, ausgetrocknete Knochen, wie auseinandergezogene Spiralen, eiskalt, ohne Nerven, ohne Adern, zwei Knochen, die man biegen konnte, wie man wollte. Ich exzitierte noch heftiger. Solche Grausamkeit habe ich noch nicht gesehen. Ich fragte mich, was sind das für Menschen, was hat diese Menschen beseelt, als sie so Fürchterliches taten? Welcher Mutterleib hat solche Bestien gebären können. Denn ich kann es nicht begreifen, daß Menschen solches taten. Oder waren es vielleicht seelenlose Henker, Automaten aus Stahl und Eisen?

Gurov lächelte traurig, seine Augen leuchteten, und mit milder Stimme sagte er: „Erschrick nicht, unser Weg geht dennoch immer vorwärts, immer vorwärts. Ich glaube, daß schon in kurzer Zeit die Sonne der neuen Welt uns allen leuchten wird und ihre warmen Strahlen die ganze Erde zu neuem Leben erwecken werden!"

Unsere Sprechzeit war zu Ende, wir mußten gehen. Er küßte mich auf die Stirn, und mir in die Augen blickend, sagte er: „Gute Reise, mein Teurer, vergiß nicht, daß du ein Proletarier bist und eine Aufgabe zu erfüllen hast." Ich küßte ihn ebenfalls und mit schwankenden Schritten verließ ich den „Salon". An der Tür blickte ich noch einmal zurück. Er lachte. Auch andere Kranke lachten. Es waren zwei Offiziere, darunter ein gewesener Militäranwalt aus Cetatea Alba, der infolge Syphilis wahnsinnig geworden war. Sie lachten voll Wildheit, während der Sohn eines Generals, ebenfalls schwer syphilitisch, zu einer Laute gröhlend sang.

Schnell schloß ich die Tür, ergriff die Genossin beim Arm und wandte mich dem Ausgangstor des Spitals zu.

Verlegung deutscher Lokomotivwerkstätten nach USSR. Nach einer Charkower Meldung erklärt die aus Deutschland zurückgekehrte technische Kommission, welche die Düsseldorfer Lokomotivwerkstätten (die erst vor kurzer Zeit mit den technisch vollkommensten Mitteln errichtet worden sind) besichtigt hat, daß die Direktion dieser Werke den Russen den Vorschlag gemacht hat, die gesamten Werke nach der Sowjetunion zu verlegen. Die Kosten werden auf etwa 7 Millionen Mark veranschlagt. Der erste Direktor, einer der besten Fachleute im Lokomotivenbau, ist bereit, die Leitung in der USSR zu übernehmen. Deutsche Banken geben ihr Einverständnis zur Finanzierung dieses geplanten Unternehmens. Die Durchführung dieses Planes würde zirka ein Jahr dauern. Das Präsidium für Volkswirtschaft hat sein prinzipielles Einverständnis gegeben. — Weiterhin will auch eine deutsche Automobilfirma ihre Werke nach der USSR. verlegen.